

Amok-Angst an Schulen

Schwieriger Umgang mit Drohungen

Von Pitt von Bebenburg

Alle Welt ist erschüttert, wenn ein Schüler Amok läuft. Viel häufiger noch drohen frustrierte Jugendliche mit solchen Taten. Doch viele Lehrer sind nicht ausreichend geschult, um mit Drohungen ihrer Schüler umzugehen. „Die Reaktionen sind zum Teil hysterisch, zum Teil ignorant“, berichtete die Gießener Kriminologin Britta Bannenbergs am Mittwoch im Landtag.

Bei einer Anhörung des Innenausschusses appellierte sie dringlich, dass die Pädagogen besser gewappnet werden müssten. „In dem Moment, wo die Amokläufer in die Schule gehen, kann man nicht mehr viel machen“, sagte Bannenbergs. „Aber die Schulen haben Chancen, wenn sie mit den Drohungen richtig umgehen.“

Die meisten Drohungen seien nicht ernst gemeint, betonte die Professorin. Es sei „unangemessen und unnötig“, wenn sofort die Polizei geholt werde – auch wenn ein Zwölfjähriger „bei einem Konflikt wütend einen Amoklauf androht oder sich erkennbar unernst wichtig machen will“. Die Amoklauf-Forscherin dringt darauf, das Thema zum „festen Bestandteil des Pädagogikstudiums“ zu machen. Dort sollten angehende Lehrer „den Umgang mit Amokdrohungen, wirksame Gewaltprävention, Konfliktlösungsstrategien und Anti-Bullying-Maßnahmen“ lernen. Das Kultusministerium solle auch Fortbildungen dazu anbieten. Zwar gebe es eine gute

Handreichung des Ministeriums, die aber oft in den Schulen nicht ausreichend berücksichtigt werde, urteilte Bannenbergs.

Unter Berufung auf diese Handreichung will die Stadt Offenbach ein Frühwarnsystem aufbauen, das auf der Alarmierung der Lehrer über SMS funktioniert. Derzeit läuft die Erprobung.

Das Kultus- und das Sozialministerium waren nicht vertreten, als die Professorin ihre Mahnungen aussprach. Dagegen folgten Innen-Staatssekretär Werner Koch (CDU) und der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Roland Desch, der Anhörung über Jugendgewalt.

Ein Verbot von Killerspielen verlangte dabei der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Heini Schmitt. Er sagte, der „krankhafte Konsum“ von „Egoshoooter“-Spielen könne der letzte Auslöser für einen Amoklauf sein. „Bestimmte Dinge müssen vom Markt verschwinden.“

Der Polizeipräsident von Hannover, Uwe Binias, wies auf einen engen Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalttaten hin. Er warb dafür, den Verkauf von Alkohol an Jugendliche mit Hilfe von Testkäufern zu verhindern. In Niedersachsen zeigten sich beachtliche Erfolge.

Die wegen eines Polizeiskandals vorläufig versetzte Chefin des Landeskriminalamtes, Sabine Thureau, fehlte in der Anhörung. Sie hatte ihre Anmerkungen zum Extremismus aber schriftlich eingereicht, als sie noch im Amt war.



Polizeieinsatz beim Amoklauf in Winnenden.